

Kanton soll einen 85-Millionen-Fonds einrichten

Vorstösse Die Coronapandemie und die Abfederung ihrer wirtschaftlichen Folgen wird den Kantonsrat auch am zweiten Sitzungstag der Maisession heute Mittwoch noch einmal beschäftigen. Er muss entscheiden, ob er Aufträge aus seinen Reihen für dringlich erklärt. Offene Türen dürfte der Vorstoss der SP einrennen. Es geht um die sogenannte Drittelsregelung für Geschäftsliegenschaften. Die Mieten sind neben den Lohnkosten meist einer der grössten Kostenblöcke. Wenn ein Vermieter einen Drittel der Mietkosten erlässt, soll deshalb der Kanton für einen weiteren Drittel aufkommen, ein besonders von den Folgen der Coronapandemie betroffener Mieter also auch

nur einen Drittel bezahlen müssen. Diese Regelung wurde auch bereits im «Dialog Wirtschaft», in dem sich Volkswirtschaftsdirection und Sozialpartner austauschen, erörtert und soll dem Vernehmen nach im Regierungsrat demnächst spruchreif sein (vgl. Ausgabe vom Dienstag). Der Gewerbeverband möchte die vom Kanton mitzutragenden Mietkosten auf 5000 Franken limitieren. Er schätzt die Kosten für den Kanton bei einer solchen Lösung auf rund 10 Millionen.

Von anderen Dimensionen spricht ein Auftrag von FDP-Kantonsrat Christian Scheuermeyer (Deitingen). Er schlägt vor, einen Corona-Hilfsfonds mit 85,24 Millionen Franken zu alimen-

tieren, aus dem sämtliche dem Kanton aus der Coronakrise erwachsenden Kosten bezahlt werden. Das heisst nicht nur Überbrückungshilfen für Selbstständige, Kultureinrichtungen, Kindertagesstätten etc., sondern zum Beispiel eben auch die für Mietzinsverluste bei kantonseigenen Liegenschaften oder für temporäre Personalaufstockungen etwa zur speditiven Bearbeitung der Kurzarbeitsgesuche.

Auf die 85,24 Millionen kommt Scheuermeyer, weil das der Betrag ist, um den die Staatsrechnung 2019 besser abschliesst als budgetiert. Wenn der Kanton wirklich niemanden durch die Maschen fallen lassen will, wie es Regierungsrätin Brigit Wyss in einem

Interview sagte, dann würden weitere Hilfsmassnahmen umgesetzt werden müssen, ist der Freisinnige überzeugt. Aufgrund des guten Rechnungsabchlusses könne der Kanton in dieser ausserordentlichen Krisensituation unkompliziert und schnell einen solchen Fonds bilden, findet Scheuermeyer. Im Vergleich etwa mit den Nachbarkantonen Basel-Landschaft und Aargau liege der Betrag in einem angemessenen Rahmen, er müsse ja auch nicht voll ausgeschöpft werden. Und der Fonds wäre ein transparentes Sammelgefäss für alle Kosten, die effektiv auf die Bewältigung der Krise zurückzuführen sind, wirbt Scheuermeyer für seine Idee. (*mou*)